

Jetzt oder nie

Luise Neumann-Cosel will mit ihren Genossen das Stromnetz kaufen – und zwar nicht irgendwo, sondern in Berlin. Bisher gehört das Hauptstadt-Netz dem Energiekonzern Vattenfall. Im Mai geht der Wettstreit in die heiße Phase.

Von Tim Altegör

Ein grauer, weitläufiger Innenhof in Berlin-Kreuzberg, vereinzelt parkende Autos, gerade ist ein Lieferwagen unter der kleinen Schranke durchgefahren. In einer Ecke steht ein Mann vom Wachdienst und raucht in aller Ruhe eine Zigarette. Auf suchende Blicke nach dem Weg reagiert er nicht, auf Nachfrage weiß er aber: Zur Bürger Energie Berlin geht es durch das verglaste Wachhäuschen gleich am Eingang. Im Büro der Genossenschaft stapeln sich Flyer in den Regalen, an einer Tür hängt handgezeichnet die Gesellschaftsstruktur, daneben eine Urkunde, der „Berliner Umweltpreis 2013“, verliehen

durch den Umweltverband BUND. In den anderen Räumen entlang des kargen Flurs erzählen die Wände von Polarisierungseffekten auf kristallinen Siliziumzellen, geschmückt von vielen Kurvendiagrammen. Hier sitzen die Mitarbeiter des Photovoltaik-Instituts Berlin. So kann die Genossenschaft Miete sparen, das Institut gehört zu ihren Förderern. Dabei liegen fast zehn Millionen Euro auf dem Konto. Die sind aber nur für einen einzigen Zweck gedacht: Die Bürger Energie Berlin will das Berliner Stromnetz übernehmen.

Ende des Jahres läuft die Konzession der Stadt an den bisherigen Netzbetreiber Stromnetz Berlin nach 20 Jahren aus und wird neu vergeben. Die hundertprozentige Vattenfall-Tochter bewirbt sich erneut, ebenso wie der Stadtwerke-Verbund Thüga, die städtische Berlin Energie, das nieder-

ländische Unternehmen Alliander – und eben die Berliner Genossen. Sie wollen mit dem Geld der Bürger und gemeinsam mit der Stadt den gewinnorientierten Konzern ablösen und das Netz gezielt auf die Energiewende ausrichten.

Luise Neumann-Cosel ist das Gesicht der Bürger Energie Berlin. Sie hat sie Ende 2011 mitgegründet, seitdem wirbt sie als eine der beiden Vorstände dafür, sich zu beteiligen. Etwa 2000 sind bisher dabei, als Mitglieder oder indem sie Geld für den Netzkauf auf ein Treuhandkonto überwiesen haben. „Klar sagen viele Leute erst einmal: Das Stromnetz kaufen, so

schon hier. Das Rampenlicht ist sie gewohnt: Zweimal hat sie bereits bei Maybrit Illner im ZDF mit Polit-Größen diskutiert, einmal ging es um den Atomausstieg nach Fukushima, einmal um die Energiewende. Seitdem ist auch Kanzleramtschef Peter Altmaier Genosse. Gegen Neumann-Cosels Argumente konnte er sich zumindest vor der Kamera nicht wehren. Im Gespräch ist sie ruhig und sachlich, überzeugt gerne statt zu überreden.

Die Anti-Atom-Bewegung hat Neumann-Cosels Interesse für Energie geweckt. Mit 16 Jahren fährt sie spontan mit einer Freundin nach Gorleben, um gegen einen Castor-Transport zu demonstrieren. Atomkraft lehnt sie vorher schon ab, die Ausmaße werden ihr aber erst dort bewusst: „Ich war wirklich schockiert, als ich gesehen habe: Hier steht der Atom Müll in einer Leichtbauhalle im Wald herum. Man denkt ja, der ist irgendwo im Salzstock.“ Beim Castor-Transport lernt sie auch, dass sich der Staat notfalls mit Gewalt gegen seine Bürger durchsetzt. „Das hat mein zugebenermaßen ziemlich naives Bild von der Bundesrepublik ordentlich erschüttert.“

In den folgenden Jahren engagiert sie sich in der Bewegung, arbeitet für die Anti-Atom-Initiativen „X-tausendmal quer“ und „ausgestrahlt“. An ein endgültiges Aus der Atomkraft kann Neumann-Cosel auch heute noch nicht glauben. Es gebe ja schon die ersten Forderungen nach Laufzeitverlängerungen, und sie ist sich sicher: Mit dem höchsten CO₂-Ausstoß seit Jahren ist die Debatte, ob wir nicht lieber Atomkraft als Braunkohle wollen, nur eine Frage der Zeit.

”

Wir sind nicht nur ein Haufen Mitte-Zwanzigjähriger, die eine lustige Startup-Idee hatten.“

ein Quatsch. Im Gespräch merken sie aber, dass es durchdacht ist. Und dass wir nicht nur ein Haufen Mitte-Zwanzigjähriger sind, die eine lustige Startup-Idee hatten.“ Beide Vorstände sind junge Frauen, dabei machen insgesamt eher Männer mit, wie häufig, wenn es um Energie geht. Ansonsten sind aber vom gescheiterten Eigenheimkäufer, der sein Geld sinnvoll anlegen will, bis zur Wohngemeinschaft, die für einen gemeinsamen Anteil zusammenlegt, verschiedenste Menschen dabei. 40 bis 50 Ehrenamtliche sind für die Initiative aktiv, jeder so, wie er kann.

Für Neumann-Cosel ist es ein Vollzeitjob, auch wegen der vielen Medienanfragen. Selbst der britische Guardian war

”

Je erneuerbarer und dezentraler die
Energieversorgung wird, desto mehr
sind wir auf einen Netzbetreiber
angewiesen, der nicht nur Dienst nach
Vorschrift macht.“

Luise Neumann-Cosel



Gerade kämpft sie jedoch an einer anderen Front, für ein Stromnetz in Bürgerhand. In ihrem Geoökologie-Studium habe sie zwar viel gelernt, für dieses Projekt wäre Jura oder BWL aber die bessere Wahl gewesen, sagt sie schmunzelnd. Die Idee kommt ihr und einigen Mitstreitern, allesamt Berliner, als der Senat sein Sonderkündigungsrecht fünf Jahre vor Ende der Konzession ungenutzt verstreichen lässt. „Es gab überhaupt keine Diskussion, es war völlig klar: Wir kündigen nicht, warum denn? Da haben wir gemerkt: Wenn es nicht in irgendeiner Form eine gesellschaftliche Bewegung gibt, bleibt einfach alles beim Alten.“ Das hieße: bei Vattenfall. Gerade hat die Deutsche Umwelthilfe das Geschäft des schwedischen Energiekonzerns mit der besonders klimaschädlichen Braunkohle berechnet. Knapp 57 Milliarden Kilowattstunden Braunkohlestrom hat Vattenfall demnach 2013 mit einem Gewinn von fast einer Milliarde Euro verkauft.

Die Klimabilanz des Konzerns ist für die Bürgergenossen aber nicht das einzige Problem. „Es ist logisch, dass der Vorstand eines börsennotierten Unternehmens andere Interessen haben muss als Bürger, die direkt vom Netz abhängen. Wenn jemand wirtschaftlich darauf angewiesen ist, dass das Netz Gewinne abwirft, geht das im Zweifelsfall auf Kosten der Nachhaltigkeit“, sagt Neumann-Cosel.

Also gründen sie eine Netzkauf-Genossenschaft und verkünden Anfang 2012, dass sie am Rennen um die Konzession teilnehmen. Ein großes Vorbild der Berli-

ner kommt aus dem Schwarzwald. In Schönau entsteht nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl eine Bürgerinitiative, die 1997 das Stromnetz übernimmt. Heute liefern die Elektrizitätswerke Schönau (EWS) Ökostrom an Menschen im ganzen Land. Die Berliner Genossen suchen bewusst den Rat der damaligen „Stromrebell“, und die unterstützen das Projekt. EWS-Mitbegründer Michael Sladek sitzt im Aufsichtsrat der Bürger Energie Berlin, seine Frau Ursula Sladek (neue energie 12/2013) zeichnet Neumann-Cosel 2013 im Namen der EWS als „Schönauer Stromrebell“ aus.

Diese Hilfe will Neumann-Cosel weitergeben. Der Terminplan ist voll, für Bürgerinitiativen aus anderen Städten nehme sie sich dennoch Zeit, um von ihren Erfahrungen in Berlin zu berichten. Immerhin geht es um das Verteilnetz der Hauptstadt, also um 36 000 Kilometer Kabel auf einer Fläche von knapp 900 Quadratkilometern, plus Transformatoren und Umspannstationen.

Aber kann ein Netzbetreiber wirklich viel bewegen? Immerhin ist er verpflichtet, jeden Strom, ob erneuerbar oder nicht, zu den Haushalten zu leiten. Am Ende könnten die Bürgergenossen also Vattenfalls klimaschädlichen Kohlestrom zu den Verbrauchern bringen. Und die Regierungskoalition von Genosse Altmaier tut derzeit wenig dafür, dass der Strommix schnell erneuerbarer wird. „Uns ist klar, dass mit dem Netzkauf nicht alles eitel Sonnenschein ist, sondern dass wir mit den bestehenden Strukturen umgehen müssen. Aber wenn

wir uns raushalten, wird es auch nicht besser“, sagt Neumann-Cosel. Überhaupt sieht die Stromrebellin der zweiten Generation reichlich ungenutztes Potenzial im Netz. „Je erneuerbarer und damit dezentraler die Energieversorgung wird, desto mehr sind wir auf einen Netzbetreiber angewiesen, der nicht nur Dienst nach Vorschrift macht und sich an die Gesetze hält.“

Virtuelle Kraftwerke könnten mit den Daten des Betreibers flexibel auf die Nachfrage reagieren, der Direktverbrauch in Mietgemeinschaften gestärkt, Elektromobilität eingebunden und Anreize zum Stromsparen geschaffen werden. Das alles folgt der Idee: Wenn das Ziel nicht mehr einzig ist, möglichst viel Strom durchs Netz zu leiten, um auf Kosten der Verbraucher den Gewinn zu maximieren, eröffnet das viele Spielräume.

Gerade schreiben die Energie-Bürger an einem erweiterten Angebot, das sie bis zum 12. Mai einreichen müssen. Darin wird vieles zu ihrem Konzept stehen, mit dem der Betreiber zum „Dienstleister für die Energiewende“ werden soll, aber auch der Kontostand. Etwa 9,5 Millionen Euro haben sie bisher eingesammelt. 100 Millionen sollen es ungefähr werden, damit ihr Modell finanzierbar ist: als Bürgergenossenschaft gemeinsam mit einem kommunalen Stadtwerk das Netz zu betreiben. Auch mit einem anderen Partner können sie sich das vorstellen, solange er ihre Ziele teilt. Nur bei Vattenfall ist es ausgeschlossen.

Wieviel das Netz wert ist, steht nirgendwo geschrieben, Vattenfall hat drei Milliarden Euro in den Raum geworfen, die Genossen gehen von rund einer Milliarde aus. 40 Prozent davon sollen mit Eigenkapital finanziert werden, bei einer 25-prozentigen Bürgerbeteiligung kommen die 100 Millionen heraus. Zwar müssen sie erst am Kauftag vorliegen, es schadet aber nicht, im Angebot schon etwas vorweisen zu können. „Je mehr wir unsere Idee schon mit handfesten Zahlen unterlegen können, desto eher haben wir im Verfahren eine Chance“, sagt Neumann-Cosel.

Ab 500 Euro kann sich jeder beteiligen, auch Nicht-Berliner sind willkommen. Im besten Fall gibt es dafür eine Rendite und eine Investition in die kommunale Ener-

Nicht nur im Miniatur-Modell engagiert: Die Genossen von Bürger Energie Berlin haben bereits 9,5 Millionen Euro für den Kauf des Stromnetzes eingeworben.





Stromrebellin der zweiten Generation: „ Wenn es keine gesellschaftliche Bewegung gibt, bleibt einfach alles beim Alten.“

giewende. Die steht im Vordergrund, reich werden wollen die Beteiligten damit nicht. Bürger zum Mitmachen beim Netzkauf zu motivieren sei schwieriger als für Anti-Atom-Demos, sagt Neumann-Cosel. „Sich finanziell zu beteiligen ist schon etwas anderes, als mal einen Nachmittag zu einer Demonstration zu gehen oder eine Protest-Mail zu schreiben. Bevor ich jemandem Geld anvertraue, will ich ihn ganz anders kennenlernen.“ Dafür seien viele begeistert, weil sie etwas Neues schaffen und gestalten können. Einen großen Schub erhofft sie sich, wenn deutlich wird, dass es mit dem Einstieg ins Netz wirklich klappt.

Ob das politisch gewollt ist, steht allerdings auf einem anderen Blatt. Im Herbst werden die Wettbewerber aufgefordert, ein finales Angebot zu machen. Der Berliner Senat kann mit allen Verhandlungen führen, sie aber auch jederzeit abrechnen.

Schließlich wählt die Koalition aus SPD und CDU einen Bewerber aus, dem Abgeordnetenhaus legt sie nur einen unterschrittsreifen Vertrag zur Abstimmung vor. Die Ende März verkündeten Kriterien des Senats für die Vergabe hat die Bürger Energie Berlin offiziell gerügt. Danach muss jeder Bewerber das Personal und die Ressourcen für den Netzbetrieb nachweisen. Eine Übernahme von Vattenfall-Mitarbeitern darf dabei nicht eingeplant werden. Das sei realitätsfremd und bevorzuge den aktuellen Betreiber, sagt Neumann-Cosel. „Wenn man in einer so großen Stadt das Netz kauft, muss man den gesamten Betrieb übernehmen. Es wäre wirtschaftlich totaler Unsinn und technisch auch nicht machbar, parallele Strukturen aufzubauen.“ In Hamburg, wo die Stadt das Netz vor kurzem von Vattenfall zurückgekauft hat, hat sie auch das Personal übernommen.

Der Senat habe schlicht das Vergabeverfahren einer Kleinstadt auf die Millionenmetropole Berlin übertragen, sagt Neumann-Cosel. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, dass politisch auf das gewünschte Ergebnis hingearbeitet wird. Warnendes Beispiel ist der Volksentscheid, den die Bürgerinitiative Berliner Energietisch im vergangenen Jahr durchgesetzt hat. Dabei haben zwar 83 Prozent für die Gründung eines Stadtwerks mit dem Auftrag gestimmt, die Netze zu übernehmen und erneuerbare Energien zu fördern. Damit der Entscheid gilt, hätten aber 25 Prozent der wahlberechtigten Berliner mit Ja stimmen müssen, am Ende waren es 24,1 Prozent. Die Regierungskoalition hatte die Abstimmung statt auf den Tag der Bundestagswahl auf einen verkaufsoffenen Sonntag sechs Wochen später gelegt. Seitdem müssen Neumann-Cosel und Co immer wieder erklären, dass damit aber noch nicht entschieden ist, wer künftig das Netz betreibt.

Immerhin: Die Stadt hat kurz vor dem Entscheid eine kleinere Version des geforderten Stadtwerks gegründet, das jetzt am Wettbewerb um das Netz teilnimmt. Und die Menschen reden endlich darüber, freut sich Neumann-Cosel, die öffentliche Debatte ist ihr wichtig. „Der Senat kann jetzt nicht mehr einfach unbegründet sagen: Wir vergeben die Konzession weiter an Vattenfall. Das ist ein Verdienst des Volksentscheids.“ Aufmerksamkeit fürs Thema, das hat die Bürger Energie Berlin zumindest erreicht. Und egal wie es mit dem Netzkauf ausgeht – die Satzung der Genossenschaft ermöglicht explizit auch andere Energie-Projekte. Sie könnte etwa selbst erneuerbaren Strom produzieren oder sich für Energiespar-Maßnahmen einsetzen. Darüber entscheiden letztlich die Mitglieder, wie bei Genossenschaften üblich jedes mit einer Stimme. Erst einmal konzentriert sich Neumann-Cosel aber auf ihr großes Ziel, das Netz in Bürgerhand. „Die Konzession läuft nur alle 20 Jahre aus. Es gibt jetzt ein sehr kurzes Zeitfenster, um am Eigentümer etwas zu ändern, und dann ist es wieder für 20 Jahre zu.“ Diese Chance will sie auf keinen Fall ungenutzt vorbeiziehen lassen. ◀